

Verantwortung für Ernährungsverhalten: eine medizinethische Perspektive

Alena Buyx, Institut für Experimentelle Medizin, Universität Kiel

Die Krankheitslast in der Bevölkerung, die auf sogenannte „Lifestyle-Faktoren“ wie das Ernährungsverhalten und die Bewegung zurückgeht, nimmt stetig zu. Chronische, Lebensstilmitbedingte Erkrankungen bilden einen immer größeren Anteil der Krankheitsbehandlungen und der eingesetzten Mittel im Gesundheitssystem.

Diese gesellschaftlichen Umstände und der für viele Menschen lebenslangen Herausforderung, das Gesundheitsverhalten zu ändern, erfordert es, aktuell nach neuen Wegen zu suchen, um das Verhalten positiv zu beeinflussen.

Ob und wie dies geschehen soll, wird allerdings sowohl in den relevanten Fachdebatten, als auch in der Öffentlichkeit gegenwärtig kontrovers diskutiert; geht es hier doch um wichtige normative Fragen von u.a. Verantwortung und Fairness.

Soll die individuelle Eigenverantwortung im Vordergrund stehen und zum Beispiel das private Gesundheitsverhalten sanktioniert werden? Dies wird vielfach als unfair, als eine „Bestrafung von Opfern“ (Victim blaming) und als unzulässiger Eingriff in die durch Freiheitsrechte und die persönliche Selbstbestimmung geschützte Privatsphäre angesehen. Ferner wird die implizite moralische Bewertung, die bei der Beeinflussung von Gesundheitsverhalten von vielen vermutet wird, in einer liberalen Gesellschaft abgelehnt.

Doch dieser Konsens ändert nichts an der frustrierenden Tatsache, dass sich aus einer Public Health orientierten Perspektive der Verhaltensfaktor nicht ignorieren lässt.

Wer sich empirische Gesundheitsdaten auf Bevölkerungsebene anschaut, dem wird klar, dass – sollte nicht ein Wunder geschehen – die gesundheitlichen Konsequenzen von Verhalten zum zentralen Handlungsfeld für die präventive und Public Health-Arbeit der Zukunft werden, von der sozialpolitischen Relevanz dieser Thematik einmal ganz zu schweigen.

Was also tun, wenn die Sanktionierung individuellen Verhaltens als problematisch abgelehnt wird, viele klassische Public Health-Programme als bevormundend aufgefasst werden und die üblichen Informations- und Aufklärungskampagnen erfahrungsgemäß weitgehend wirkungslos bleiben?

Aktuell wird vielfach auf den sogenannten libertären Paternalismus verwiesen, um innovative Antworten auf diese schwierigen Fragen zu erarbeiten, die umstrittensten normativen Fragen zu umgehen und Kritikern gleichsam den argumentativen Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Der unter dem Schlagwort „Nudging“ bekannte Ansatz wird international und aktuell auch in Deutschland intensiv verhandelt und auch von der Politik aufgenommen; nach den USA und Großbritannien gibt es nun auch Deutschland auf höchster politischer Ebene Gremien, die sich mit dem „Nudging“ und den Veränderungen der sogenannten „Entscheidungsarchitektur“ beschäftigen.

Der Vortrag skizziert den Nudging-Ansatz und seine empirischen und normativen Voraussetzungen, bringt einige Beispiele aus dem Ernährungsbereich und stellt abschließend die normativen und praktischen Vorzüge und Herausforderungen zur Diskussion.